

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
Rentamt zu Tharandt.

Verlagspreis: Das für die Gasballon-Veröffentlichung über Herrn Baum, Laubholz, Pflanzensamen, alle mit 1/2 Zentnergewicht, 1/2 Zentner und tabellarischer Sach mit 50% Aufschlag. Bei Mietbestellung und Jahresabnahme entsprechender Anzahl, Befreiungsmöglichkeiten im amtlichen Teil laut von Zeitungen die Spalten 00 Pfg. bez. Pfg. / Nachverfolgungs- und Abrechnungsbücher 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Nachrichten-Veröffentlichung jedes Monatsheftes 10 Pfg. / Wagnisabnahme bis 11 Uhr vermittelbar / Beleggebühren des Tages 6 Pfg. / In die Postanstalt zu Leipzig / Für das Erscheinen der Ausgaben an bestimmten Tagen und Jahren wird keine Gewähr geleistet. / Schriftliche Plausibilien 25%, Aufschlag 10% Abfall. / Die Redaktions- und Abrechnungsarbeiten sind bei dem Jahrling binnen 30 Tagen abzugeben; Mängel sind schriftliche Einsprüche, gemessene Angaben schriftlich. Inanspruchnahme der Druck- und Färbereipreise. / Geben nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort. Wilsdruff vertrieben ist, gilt es als verbindlich durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerhalb 8 Tagen, vom Rechnungsdatum an, Widerspruch erhebt.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Geschäftsabnahme von 10 Exemplaren wöchentlich 20 Pfg., monatlich 6 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk., von unserm Hauptort: Leipzig monatlich 30 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk., von den übrigen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk., ohne Zustellungsgebühr. / Die Poststellen, Postboten sowie andere Abnehmer und Geschäftsleute können in jeder Zeitbestellung entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Verlagsanstalten — hat der Abnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Abholung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. / Ferner hat der Abonnent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung nicht in bestimmter Länge aber nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Abonnenten sind nicht verpflichtet zu kündigen, sondern an den Verlag die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Abnehmer Zeitungen bleiben unberücksichtigt. / Berliner Verlagsanstalt: Berlin G.M.B.H.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgeschäft
sowie für das Forst- und den Stadtrat zu Wilsdruff
Rentamt zu Tharandt.

Nr. 40.

Dienstag den 18. Februar 1919.

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bekämpfung der Obstbaumschädlinge.

Infolge der Abwesenheit vieler Obstbaumbesitzer und des Mangels an Arbeitskräften und Pflanzenschutzmitteln während des Krieges hat eine starke Vermehrung der Obstbaumschädlinge und Obstbaumkrankheiten stattgefunden, die durch die Witterung in den letzten Jahren noch begünstigt worden ist. Es besteht somit die Gefahr, daß die Obsttrübe wesentlich zurückgehen, wenn die Bekämpfung der Schädlinge nicht mit allem Nachdruck betrieben wird.

In der nachstehend unter O aufgestellten Uebersicht sind die hauptsächlichsten Obstbaumkrankheiten und Schädlinge angegeben.

Die Besitzer oder Pächter von Obstbäumen des hiesigen Bezirkes werden hiermit aufgefordert, auf ihren Grundstücken die hiernach **erforderlichen Vernichtungsarbeiten** vorzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht oder in nicht genügender Weise nachkommt, wird mit Geld bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Ortsbehörden haben sich durch **Nachrevisionen** davon zu überzeugen, ob die geforderte Vertilgung der Obstbaumschädlinge vorgenommen worden ist und der Amtshauptmannschaft Anzeige zu erstatten, falls den vorstehenden Vorschriften nicht genügend Folge geleistet wird.

Für Vornahme der Nachrevisionen können sich die Ortsbehörden der geprüften **Baumwörter** gegen entsprechendes Entgelt bedienen.

In den Gemeinden, wo ausgebildete Obstbaumwörter wohnen, sowie in Nachbargemeinden des Wohnortes von Obstbaumwörtern empfiehlt es sich, das Bespritzen der Bäume gemeindeweise dem Obstbaumwörter zu übertragen.

Meißen, am 13. Februar 1919.

Nr. 53 V

Die Amtshauptmannschaft.

Uebersicht

Über die Bekämpfung von Obstbaumkrankheiten u. Schädlingen.

1. Im Herbst und Winter.

a) Tierische Schädlinge.

1. Frostnachtspanner: Raupe, hellgrün mit drei weißen Längsstreifen, verfrachtet im Frühjahr an jungen Blättern, dann an Früchten großen Schaden.

Der Schmetterling (das Weibchen hat nur Flügelstummel und kann nicht fliegen) erscheint im Eintritt kälterer Jahreszeit.

Bekämpfung: Anbringung von Klebgürteln Ende September unterhalb der Kronenäste, bei Bäumen mit Pfählen auch an diese unter wiederholter Erneuerung des Klebstoffes (Raupenleim), Abnehmen und Verbrennen der Klebgürtel im Januar-Februar.

2. Goldfalter, 3. Baumweißling, 4. Apfelbaumgespinntmotte: Raupen dieser Schädlinge, die großen Schaden im Frühjahr an den Obstbäumen verursachen, überwintern in zusammengepönnelten und dünnen, deshalb in die Augen fallenden Blättern an den Zweigen als Raupennester.

Bekämpfung: Sammeln und Verbrennen leicht und gründlich möglich.

5. Schwammspanner: Raupen verursachen Schaden wie Schädlinge 1-4. Die Eier, 3-500 Stück, werden zur Ueberwinterung von dem Schmetterling in daumdicken, leinerschwammähnlichen braunen Gebläsen an Obstbäumen, Mauern und Zäunen abgelegt.

Bekämpfung: Sammeln und Verbrennen; Abtragen der Baumstämme und härteren Aeste.

6. Vorkenkäfer: Verbreitung ist allgemein und ein durchgreifender Kampf erforderlich. Teils sieht man jetzt vom Specht bloßgelegte Zweige, die reichlich mit Larven besetzt sind, teils wo Splintkäfer in Frage kommen, auch durch tiefe Bohrungen ins Holzinnere zerstörte Aeste.

Bekämpfung: Die Rindenteile sind herauszuschneiden und die bloßgelegten Holzteile mit Teeranstrich oder Leinwandverband zu schützen.

7. Apfelwickleraupe (Obstmade): Die anfangs weißlichgelben, später fleischfarbenen Raupen leben im Innern der Früchte. Sie überwintern unter den Rindenschuppen eingebettet.

Bekämpfung: Die wirksamste Bekämpfung erfolgt durch Anlegen von Fanggürteln im Mai-Juni. Wo das unterblieben, sind die lockeren Rindenteile durch Antragen jetzt zu entfernen und zu vernichten.

8. Hirtenschildkröte: In den Rindentriften, alten Krebswunden, Astwinkeln, auch am Wurzelstock sind die überwinterten Läuse anzutreffen. Diese Stellen sind freizulegen und mit Karbolium — 15% — oder Antifual auszuspülen.

9. Blattlaus: Teils sind überwinterte Läuse, an den einjährigen Zweigen aber plündernde, braunschwarze Eier anzutreffen. Soweit diese Zweige beim Baumschnitt unter das Messer fallen, sind sie zu verbrennen. Die übrigen befallenen Teile werden mit Baumkarbolium (15%) behandelt.

b) Pilzkrankheiten.

10. Apfelmeltau: Wo im vorigen Sommer Apfelmeltau auftrat, finden sich jetzt graue Zweigspitzen. Soweit sie beim Baumschnitt fallen, sind sie zu verbrennen. Soweit dies nicht der Fall ist, empfiehlt sich eine mehrmalige Winterbespritzung mit Baumkarbolium (15%).

dies nicht der Fall ist, empfiehlt sich eine mehrmalige Winterbespritzung mit Baumkarbolium (15%).

11. Blattfleckenkrankheit: Im Sommer gelb werdende und gesprenkelte Blätter der Johannisbeeren leiden unter der Blattfleckenkrankheit, die oft zum vollständigen Laubabfall führt. Solche Sträucher sind im Winter wiederholt mit 2%iger Kupfervitriollösung zu bespritzen.

12. Stachelbeermeitau: Wo sich verkrüppelte, braunfleckige Zweigspitzen an Stachelbeersträuchern finden, dürfte es sich stets um Infektionen durch Stachelbeermeitau handeln.

Als Kampfmittel kommt zunächst das Verbrennen der beim Rückschnitt der Sträucher entfallenden Zweigspitzen in Frage.

Ferner sind solche Sträucher mit Schwefelkohlenstoffbrühe oder mehrmals mit Baumkarbolium, nach Beobachtungen von Prof. Dr. Ruth auch mit 2%iger Kupfervitriollösung im Winter mit Erfolg zu bespritzen.

Bei zu starkem Befall werden die Sträucher, um einer Weiterverbreitung vorzubeugen, verbrannt.

13. Sonstige pilzkrankte Zweige: Teils unter dem Spigenkrebs, teils unter Monilia und anderen im Rindium lebenden Pilzen erkrankte Zweige nehmen gegenwärtig an Verbreitung sehr zu.

Da die Uebertragung solcher Erkrankungen auf ganz gesunde Bäume erfolgt, ist deren Bekämpfung mit allem Nachdruck in die Hand zu nehmen. Es ist erforderlich, daß derartige franke Zweige bis in das gesunde Holz fortgeschnitten und sogleich verbrannt werden, damit die Sporen, sofern die Zweige auf den Brennholzhäufen kommen sollten, nicht erneut verbreitet werden.

Desgleichen sind jetzt im Winter alle trockenen Früchte an den Bäumen — sog. Fruchtstummeln — abzulesen und zu verbrennen, um der vielverbreiteten Fruchtfaule am Baum zu begegnen.

Gummiflußkrankte Zweige gehören nicht hierher, da deren Erkrankungen auf Störungen im Saftumlauf zurückzuführen sind und daher durch mechanische Eingriffe deren dauernde Heilung nicht erreicht wird.

Zusammengefaßt empfehlen sich für die Wintermonate, abgesehen von den in einzelnen Fällen sich ergebenden besonderen Bekämpfungsmitteln, folgende Maßnahmen:

1. Anbringen von Klebgürteln Ende September unterhalb der Kronenäste, bei Bäumen mit Pfählen auch an diese mit. Wiederholte Erneuerung des Klebstoffes (Raupenleim). Abnehmen und Verbrennen der Klebgürtel im Januar-Februar;

2. Reinigen der Stämme und starken Aeste von loser Rinde, Flechten und Moosen;

3. Entfernung sämtlicher abgestorbenen und zusammengezoogenen Blätter in den Baumkronen; Sammeln aller abgefallenen Blätter;

4. Entfernung und Verbrennung sämtlicher eingeschrumpften Früchte mit den Zweigen, an denen sie sich befinden.

5. Bespritzen der Bäume mit einer 15%igen Obstbaumkarboliumlösung.

6. Lockerung des Bodens auf größere Tiefe.

7. Düngung der Obstbäume.

8. Schutz und Nahrung den Singvögeln im Winter, Nistgelegenheit im Frühjahr.

Auf Grund ministerieller Verfügung ist von der Amtshauptmannschaft im Einvernehmen mit dem Saalinhaberverein Meißen und Umgegend für das Jahr 1919 für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen mit Ausnahme der Städte Rössen, Lommawitz, und Wilsdruff

ein Tanzplan

aufgestellt worden, der für jeden Wirt die diesem zustehenden öffentlichen Tanztage neu festlegt. Saalinhaber mit voller Konzession, die hierüber keine besondere Zustimmung erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, dies umgehend der Amtshauptmannschaft anzuzeigen. Es wird hierbei besonders darauf hingewiesen, daß die bisherigen Bestimmungen über die Abhaltung von Tanzveranstaltungen und anderen Lustbarkeiten nach wie vor in Kraft sind.

Hinsichtlich der Saalwirtschaften ohne Konzession verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Meißen, am 14. Februar 1919.

Nr. 155 XIII

Die Amtshauptmannschaft.

Rohfleischverkauf.

Dienstag den 18. Februar von 2-5 Uhr nachmittags
Verkauf von Rohfleisch

auf die Nummern 261-389.

Wilsdruff, am 15. Februar 1919.

2108

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Unsere werten Inserenten,

private wie amtliche, bitten wir wiederholt, alle Inserate bis spätestens vormittags 11 Uhr aufzugeben, da wir sonst nicht in der Lage sind, ein Erscheinen derselben am gleichen Tage zu gewährleisten. Wir müssen vielmehr alle die Inserate, die nach 11 Uhr aufgegeben sind, ohne Ausnahme für die jeweils nächste Nummer zurückstellen. Wir sind gezwungen, an dieser Maßnahme festzuhalten, da wir seitens des Elektrizitätswerkes die Genehmigung zur Stromentnahme für den Betrieb der Maschinen nur bis nachm. 4 Uhr haben. Geschäftsstelle d. Wilsdruffer Tageblattes.

Rücktritt Brockdorffs?

Weimar und Trier.

Wer von uns möchte nicht jetzt all' sein Denken und Empfinden, alles Sehnen und Hoffen auf Weimar gerichtet halten, und nur auf Weimar? Auf die deutsche Nationalversammlung, die gewiß auch nur aus Menschen zusammengesetzt ist, die aber doch immerhin eine Auslese unseres Volkes darstellt, eine Kraftvolle, die Gutes und Starkes schaffen soll und will, die uns den Weg zu weisen hat, der wieder aufwärts führt. Daß Worte und Taten, daß Beratungen und Beschlüsse allein nicht zum Ziele führen, wissen wir freilich alle. Aber wenn von Weimar nur ein Strom neuen Lebenswillens, neuer Arbeitslust in das deutsche Volk hineingeleitet würde, der es fähig machte, sich aus dem gegenwärtigen Zustand dumpfen Hinbrütens auf der einen, sinnlosen Lebensgenusses auf der anderen Seite zu befreien, dann war schon viel gewonnen. Und hatten wir uns erst inmitten des Meeres von Gefahren, das uns umgibt, so weit wir sehen können, auf eine feste Planke frisch erwachten Daseinsenthusiasmus gestellt, dann möchte kommen was noch kommen wollte — wir dürften uns geborgen glauben.

Aber neben Weimar reckt sich das Gespenst von Trier immer wieder schreckenerregend vor unserem geistigen Auge empor. Der wunderschönen Moselstadt war es nicht an der Wiege gelungen worden, daß in ihr einst das Grabgeland der deutschen Zukunft erschaffen werde. Immer wieder, von vier zu vier Wochen, müssen wir unsere Köpfe und Herzen dorthin wenden, um angstvoll zu horchen, was der oberste Kriegsrat unserer Feinde gegen uns beschließen, und was Marschall Foch unseren Unterhändlern zu bieten hat. Die Auslieferung unseres besten Eisenbahnmaterials — wir haben sie ertrogen, obwohl der ganze Umfang ihrer geradezu katastrophalen Verlebensfolgen uns noch gar nicht voll zum Bewußtsein gekommen ist. Die Eroberung ungezügelter Laufender von landwirtschaftlichen Maschinen — wir haben sie hingeworfen; totes Material, ohne das wir uns schließlich behelfen müssen, so gut es geht. Und zuletzt: die Abforderung unserer Handelsflotte — Gewiß eine bittere Summation grausamer Sieger, deren Rücksichtslosigkeit weder eine Grenze der Scham noch der Klugheit kennt. Aber auch mit ihr hätten wir uns abfinden müssen, weil dafür wenigstens Lebensmittel ins Land kommen sollten. Inzwischen scheint das alles nur das Vorbild gewesen zu sein. Jetzt ist davon die Rede, das man uns drei volle Monate, nachdem wir die Waffen niedergelegt, einen endgültigen Waffenstillstand bewilligen will. Nicht etwa um uns nicht fortgesetzt neuer Verhandlungsmächte mit ihren unaußbleiblichen Erniedrigungen und Demütigungen auszuweichen; so sentimental empfinden weder Franzosen noch Engländer noch Amerikaner. Nein, in ihren eigenen Armeen tritt das Verlangen nach Demobilisation immer kürzlicher hervor, auch der Tommy, der Poilu will nach Hause, unter allen Umständen nach Hause, und so will man sich jetzt endlich zu einer dauernden Festlegung der Waffenstillstandsbedingungen herbeilassen. Aber natürlich — auf unsere Kosten. Ein ganzes Erdmessen von Preisankündigungen ist in den letzten Tagen bereits gegen uns losgelassen worden, um uns nur so gedehnt vorzubereiten auf das, was nun noch kommen soll. Unser Herz schauderte, gestehen wir es nur ruhig ein, als wir vernahmen, was unsern Unterhändlern diesmal in Trier geboten werden soll und selbst wenn die Wirklichkeit hinter diesen Drohungen zurückbleiben sollte, es wäre immer noch genug — nehm' alles nur in allem. Eine Vorahnung dessen, was uns bevorsteht, durchklang in Weimar bereits die Reden von Ebert und Scheidemann, und der Reiz von Selbstgefühl, der uns noch verblieben ist, häumt sich bereits auf in Anträgen aus dem Hause, die von der Regierung fordern, daß sie eine bestimmte äußerste Grenze in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber den harten Machtgeboten des Feindes unter keinen Umständen überschreite. Aber Worte und Taten, Beratungen und Beschlüsse, werden sie auf Marschall Foch den geringsten Eindruck machen? Frankreich will seinen Sieg auskosten bis zur Reize, und England wird ihm dabei zur Seite stehen bis zum letzten Augenblicke. Und was ist jetzt Deutschland, vor dem einst — noch gar nicht lange ist es her — die Welt in Angst verging? Hindenburg steht im Freiwille, um wenigstens die Bolschewisten von Ostpreußens Pluren abhalten zu können, und die Polen können auf deutschem Grund und Boden nach wie vor schalten, als gäbe es kein Recht und keine Gerechtigkeit mehr auf Erden. Also noch einmal: was wird Weimar uns helfen können, wenn das Gespenst von Trier in seiner sonnen Durchbarkeit leibhaftig vor uns hintritt?

Trotzdem und allem: die Nationalversammlung bleibt unsere letzte, unsere einzige Rettung. Mit dem Frieden von Paris, wie unsere Feinde ihn offenbar im Sinn haben, kann die Weltgeschichte für uns nicht zu Ende sein. Wird er uns auferlegt, dann sollen die Völker wenigstens hören, was wir dazu zu sagen haben, und sie sollen die Ruhe, der sie sich dann hingeben zu können vermerken, nicht finden. Das soll in Weimar mit allen Büchsen, mit der ganzen hinreichenden Leidenschaftlichkeit, deren unsere Volksbeauftragten fähig sind, gesagt werden, auf daß sich an diesen Protesten ein nie erlöschendes Feuer in Deutschland entzünde, groß und gewaltig genug, um dereinst unsere Wiedergeburt auf der widerwilligsten Weltkondition abzurufen.

Der neue Waffenstillstand.

Einsetzung des Kampfes gegen Polen.

Marschall Foch übergab dem Reichsminister Erzberger folgende Vorschläge zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandes:

1. Die Deutschen müssen unzerzogen alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Zu diesem Zweck wird ihnen unterlagt, die nachstehend aufgeführten Linien durch ihre Truppen überschreiten zu lassen.

Zu der Linienführung lag erst ein Antrag der Alliierten vor, der aber gemeinschaftlich abgeändert wurde, so daß nunmehr folgende Linie gilt: von der russischen Grenze bei Luitensfelde auf einer Linie, die über westlich Luitensfelde, westlich Groß-Neudorf, südlich Broga, nördlich Schubin, nördlich Gera, südlich Samotichin, südlich Chobzjelen (Kolmar), nördlich Garnikow, westlich Miala, westlich Dornbaum, westlich Bentchen, westlich Bolkstein, nördlich Wissa, nördlich Nowitsch, südlich Protoschin, westlich Adelnau, westlich Schildberg, und nördlich Peruchow (Eichenbrom) bis zur schlesisch-russischen Grenze. Also bleibt Ost (wahrscheinlich mit Ost- und Westpreußen zu interpretieren), und Obereschlesien wie heute in unserer Hand.

Der Schutz der Deutschen in Polen.

Aber die Regierung in dem durch die obige Linie geschlossenen Gebiet wird in den Waffenstillstandsbedingungen nichts vereinbart. Diese Frage bleibt offen, da tatsächlich festgestellt ist, daß es sich hier nur um eine provisorische Abmachung handelt, welche dem Friedensvertrag in seiner Weite vorgeht. Der Schutz der Deutschen in diesem Gebiet wird von der interalliierten Kommission in Warschau garantiert.

Waffenruhe auf unbestimmte Zeit.

Die ferneren, von Foch übermittelten Bedingungen der Entente lauten: 2. Der durch die Abkommen vom 13. 12. 1918 und vom 16. 1. 1919 verlängerte Waffenstillstand wird neuerdings für eine kurze unbestimmte Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November 1918 und des Zusatzabkommens vom 13. Dezember 1918 und 16. Januar 1919, soweit dieselben derzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgesetzten Einzelbestimmungen zum Abschluß gebracht werden.

Erzbergers Protest.

Vor Übergabe der Bedingungen durch Foch ließ Erzberger an diesen eine längere Ansprache, in der er u. a. sagte: Unter Volk hat den Eindruck, daß die Verlängerungen des Waffenstillstandes nur den Zweck haben, uns neue schwere Bedingungen aufzuerlegen und dem Frieden vorzugreifen. So wird der Waffenstillstand eine Quelle des Mißtrauens, des Mißbehagens, ja der Verwirrung. Damit aber eben die Alliierten dem Volkswissen den Weg. Erzberger fordert dann unter Hinweis auf die nunmehr gebildete deutsche Regierung einen baldigen verbindlichen Frieden.

Die Kosten des Waffenstillstandes.

Weiter sagte Erzberger in seiner Rede: Das deutsche Volk hat Ihnen für den Waffenstillstand riesige Werte übergeben. Deutsches Kriegsgut im Werte von weit über eine halbe Milliarde Mark haben Sie erhalten. Der Wert der ausgelieferten Kriegsmaschinen stellt sich auf mehr als 1 1/2 Milliarden Mark. In der Ablieferung des Ver-

kehrmaterials ist Deutschland über die Grenze hinausgegangen. Allein die preussischen Staatseisenbahnen haben für 2 1/2 Milliarden Mark Eisenbahnmaterial übergeben. Am 11. Februar waren abgeliefert: 4137 Lokomotiven und 136 308 Wagen. Borgeführt waren bis zum 5. Februar 10 063 Lokomotiven und 218 072 Wagen.

Unsere Demobilisation.

Die Demobilisation, sagte Erzberger, des deutschen Heeres ist durchgeführt. Von den Mannschaften werden bis Ende Februar alle Jahrgänge bis auf einen entlassen. Dieser hat im Felde schon schwere Verluste erlitten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Grenzen müssen daher Freiwillige aufgerufen werden. Die Gesamtstärke der vorhandenen Verbände ist so gering, daß ein Mißbrauch dieser Macht schon wegen ihrer Kleinheit ausgeschlossen ist. Es sind unter Einwirkung der Aufstellung begriffenen Freiwilligen-Verbände insgesamt verwendbar rund 200 000 Mann, d. h. ein Viertel des alten deutschen Friedenseheeres. An Wertes und Dolmetschen sind nach Artikel 19 bereits übergeben worden 778 348 237,12 Mark und 4 171 166 Frank.

Die Kreditvorlagen vor der N.B.

25 Milliarden und 800 Millionen.

(8. Sitzung.)

ml. Weimar, 15. Februar.

Nach Verlesung einer Anzahl von Begründungsbegehren und Adressen gibt Präsident Fehrenbach bekannt, daß an der Tagesordnung die Interpellation Dr. Heinze und Dr. (Deutsche Wp.) steht betr. die Vorlegung einer Denkschrift über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission. Ministerpräsident Scheidemann erklärt, die Reichsregierung sei bereit, die Interpellation in den nächsten Tagen zu beantworten.

Reichsfinanzminister Dr. Schäfer

Jeglicher die Kreditvorlage. Wegen der 300 Millionen, die für Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bereitgestellt werden sollen, verweist der Redner auf die in der amtlichen Begründung und fährt fort, indem er auf die Tatsache verweist, daß das Reich im Oktober v. J. vor der Erschöpfung seiner Mittel stand. Es wurde eine neue Kreditvorlage ausgearbeitet, vom Bundesrat angenommen und dem Reichstage überant, die 15 Milliarden forderte. Unmittelbar vor der Erledigung kam die Revolution, und der Entwurf wurde nicht verabschiedet. Es wurde ein neuer Weg beschritten. Das Reich ist eine juristische Person und als solche wechselfähig. Das Reich hat bei Reichsbank seine Befehle an, diese honorierte sie und gab auf Grund davon Banknoten aus im öffentlichen Verkehr. Die heutige Vorlage setzt sich demnach in

15 Milliarden, die bereits flüssig gemacht und 15 Milliarden neue Anforderungen.

Für die bereits flüssig gemachten Gelder wird nachträgliche Zustimmung erbeten. Der Reichsfinanzminister betont, daß er rückhaltlose Offenheit und Wahrheit wie die gesamte Politik, so auch auf diesem Gebiete für richtig halte, er wolle handeln wie ein ehrlicher und ausdauernder Kaufmann, der sage: Das habe ich, nun seht zu, wie ihr überhaupt weiterkommen könnt. Aber man muß auch in solchen Fällen einen solchen Kaufmann folgen, als ein solcher Mann nichts unterschreibt, was er zu halten nicht in der Lage ist. Darin liegt auch das einzige Mittel, das gegenwärtig herrschende Mißtrauen zu beseitigen.

Bertrauen zwischen Regierung und Volk

muß in jeder Beziehung Offenheit, Wahrheit und rückhaltloses Vertrauen herrschen. Wenn man sagt, daß das Volk mündig ist, so bedeutet das, daß dieses Volk auch fähig und bereit ist, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, auch wenn sie noch so ernst und unbequem sind.

Grausame Offenheit.

Reichsfinanzminister Schäfer fährt dann in seiner angelegten Rede fort und sagt: Deshalb werde ich mich unbedenklich — vielleicht manchmal Offenheit zu Ihnen sprechen. Ich will damit keinen leichten Optimismus entgegenschleudern, der leider immer noch in weiten Schichten unseres Volkes herrscht (Schäfer richtig) die sich offenbar noch nicht vollständig klar über die

Bedeutung und die Schwierigkeit der Lage.

Die Summe aller Anleihecredite, die bewilligt worden sind, beträgt mehr als 140 Milliarden. Hierzu treten die Sachanlagencredite 6 Milliarden, zusammen 146 Milliarden. Außerdem haben wir auszugeben Sachanlagen und Reichswchsel in dem ungeheuren Betrage von über 58 Milliarden. (Wdet. hört.) Wir haben also eine schwebende

Das Geheimnis der alten Mamsell.

40] Roman von E. Marlitt.

„Mein Gott, ich bin ja hilflos über dies pflichtvergessene Geschöpf, die Rosa! ... Sie hat auf der Gotteswelt nichts zu tun, als das Kind zu beaufsichtigen, aber ich weiß schon, man darf nur den Mädchen wenden, da gaßt sie zum Fenster hinaus, steht vorm Spiegel!“

„Zufällig steht sie in diesem Augenblicke am Bügelbrette und richtet im Schweife ihres Angesichts ein Kleid her, das du à tout prix morgen anziehen mußt,“ unterbrach sie der Professor, in schneidendem Hohne jedes Wort betonend.

Sie erschrak heftig. Die tödlichste Verlegenheit spiegelte sich momentan auf ihrem Gesichte, allein sie sah sie rasch. „Gott, wie albern!“ rief sie, unmutig die weiße Stirn runzelnd, „da hat sie mich wieder einmal völlig mißverstanden — ich habe häufig das Unglück!“

„Gut,“ unterbrach er sie beharrlich, „wir wollen dies Mißverständnis gelten lassen, aber wie mochtest du ihr, deren Unzuverlässigkeit du eben hervorhebst, dein krankes Kind allein anvertrauen?“

„Johannes, mich rief eine heilige Pflicht!“ antwortete die junge Witwe nachdrücklich mit einem schwärmerischen Aufschlag ihrer schönen Augen.

„Deine heiligste ist die Mutterpflicht!“ rief er — in diesem Augenblicke war er sehr zornig. „Ich habe dich nicht hierhergeschickt, um in Risikostunden tütig zu sein, sondern einzig und allein des Kindes wegen!“

„Um Gottes willen, Johannes, wenn die Tante und mein Papa dich hörten! ... Früher dachtest du anders!“

„Das gebe ich dir vollkommen zu. E i g e n e s Denken aber wird uns stets auf den unerträglichsten festen Satz der Moral zurückzuführen, daß wir zunächst unsere ganzen Kräfte dem Boden zuwenden sollen, auf den uns die Botschaft gestellt hat — und wenn du dereinst hunderte aus dem Heidentum getriebene Kindersehen dem Ewigen aufzählen kannst, so werden nicht um ein Jota den Vorwurf rechtfertigen, daß du dein eigenes darüber hast zugrunde gehen lassen!“

Das Gesicht der Regierungsrätin glähte wie eine Raute. Sie rang nach Fassung und der gewohnten Sanftmut, und es gelang ihr.

„Sei nicht so streng gegen mich, Johannes!“ bot sie. „Bedenke, daß ich ein schwaches Weib bin, aber gewiß immer nur das Beste will ... Habe ich gefehlt, so ist es wohl auch hauptsächlich aus Liebe zu deiner guten Mutter geschehen, die meine Begleitung wünschte — es soll aber gewiß nicht wieder vorkommen.“

Die Regierungsrätin hatte mit dem weichsten Tone ihrer flötenartigen Stimme gesprochen und bot dem Professor lieblich lächelnd die Hand. Sonderbar, der ernste Mann erstörte wie ein junges Mädchen — es war ihm wohl leicht unbewußt, daß ein schwerer Seitenblick rasch nach der hinüberstrebte, die mit gesenkten Lidern am Bette des Kindes lag — er erschrak zögernd die Hand mit zwei Fingern und ließ sie sofort wieder fallen ... Die zwei Taubenaugen, welche blinzelnd und ungewandt auf seinem Gesichte ruhten hatten, funkelten auf, und das Gesicht erblähte, aber die Sanftmut wurde tapfer behauptet. Die junge Frau nahm den Kopf ihres Kindes zwischen ihre Hände und hochte einen Kuß auf die kleine, siebenglühende Stirne.

„Ja kann nun Kennchens Pflege wieder übernehmen und danke Ihnen herzlich, liebe Karoline, daß Sie mich einweilen vertreten haben,“ sagte sie freundlich zu Felicitas. Das junge Mädchen erhob sich rasch, aber die Kleine brach in ein bitterliches Weinen aus und umklammerte mit beiden Händchen fest ihren Arm.

Der Professor prüfte den Puls des Kindes. „Sie hat starkes Fieber; ich darf durchaus nicht zulassen, daß sie sich noch mehr aufregt,“ sagte er mit kalter Freundlichkeit zu Felicitas. „Sie bringen wohl das Opfer, dazu bleiben, bis sie eingeschlafen sein wird?“

Sie nahm schweigend ihren Platz wieder ein, und er ging hinaus. Zu gleicher Zeit stelte die Regierungsrätin in ihr Wohnzimmer und ließ die Tür hinter sich ziemlich ungsamt ins Schloß fallen. Felicitas hörte, wie sie drinnen mit raschen Schritten auf und nieder lief. Plötzlich klang ein scharfes Geräusch, wie das Berühren irgend eines Gewebes,

durch die Tür. Kennchen richtete sich hörend auf und an zu zittern; das Geräusch wiederholte sich und folgte immer rascher aufeinander.

„Mama, Kennchen will artig sein, will's nicht wider tun! Ach, Mama, Kennchen nicht passen!“ rief das Kind plötzlich wie außer sich.

In diesem Augenblicke trat Rosa in das Zimmer. „Frühe Gesicht des Mädchens sah blaß und erschreckt aus.“ „Sie zerreißt wieder einmal — ich hörte es auf dem Vorplatze,“ murmelte sie mit einem unfähig verächtlichen Ausdrud zu Felicitas hinüber. „Still, Herzchen,“ flüsterte sie dem Kinde beschwichtigend zu, „Mama tut dir nichts, kommt nicht heraus und wird bald wieder gut!“

Drüben wurde eine Tür zugeschlagen, die Regierungsrätin hatte sich entfernt. Rosa ging in das Wohnzimmer und kam gleich darauf mit einem Bündel weißer Fäden in der Hand zurück — es waren die Überreste eines ehemaligen Kistenschentelchens.

„Wenn sie in Hut kommt, so kennt sie sich selbst nicht mehr!“ grollte das Mädchen flüsternd. „Da zerreißt sie, sie gerade unter den Händen hat, und schlägt auch noch Gnade und Barmherzigkeit zu — das weiß der arme, arme Tropf da recht gut.“

Felicitas drückte das Kind an ihre Brust, als müsse sie vor den Jarnesandrängen der leidenschaftlichen Mutter hüten; ihre Besorgnis war jedoch ohne Grund. Die Stimmung der Regierungsrätin klang plötzlich in ihrer Glanzrede vom Vorplatze her; sie plauderte heiter mit dem die Trost herabkommenden Rechtsanwält, und als sie bald darauf in das Schlafzimmer wieder betrat, war ihr Aussehen schöner und anmutiger denn je. Die Borwürde lag noch als hart hingehauchter Karmin auf den sanft gerundeten Wangen, und hätte bei dem ganzen heidlichen Gesichtsausdruck den ausbleibenden Glanz der Augen für etwas anderes, als die erhellenden Regungen einer schönen weiblichen Seele halten mögen!

(Fortsetzung folgt)

Neueste Meldungen.

Weimar, 16. Februar. Reichspräsident Ebert wird in den Hauptstädten der einzelnen Bundesstaaten, sowie auch in verschiedenen ausländischen Hauptstädten amtliche Besuche machen. Zuerst wird er sich wahrscheinlich nach Wien begeben.

Trier, 16. Februar. Reichsminister Erberger ließ dem Marschall Foch ein Schreiben überreichen, in dem er darauf hinweist, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands nur dann als sichergestellt angesehen werden kann, wenn endgültige Vereinbarungen über die Menge und Preise, sowie über die Bezahlung der an Deutschland zu liefernden Lebensmittel getroffen worden sind. Erst wenn diese beiden Fragen so geregelt worden sind, kann die Lebensmittelversorgung sichergestellt sein, kann die deutsche Regierung sich damit einverstanden erklären, daß die deutsche Handelsflotte zur Ausführung dieses Zweckes zur Verfügung gestellt werde.

Saag, 16. Februar. Präsident Wilson hielt auf der Pariser Konferenz eine große Rede über den Völkerbund, in der er unter anderem hervorhob, daß alle Verträge über die Völkerbundsfrage von den Verbündeten einstimmig gefaßt worden seien. In Zukunft werde die Einseitigkeit der Welt in allen Fragen der Gerechtigkeit nicht mehr dem Joch und der Unsicherheit unterliegen, da der Völkerbund die moralische Macht der öffentlichen Meinung der Welt verkörpert. Es handelt sich nicht um die Schaffung einer Kriegsliga, sondern um einen Freundschaftsvertrag. Längere Ausführungen widmete der Präsident dann dem Schicksal der deutschen Kolonien, deren hilflose Bevölkerung durch Deutschland unerträglich Unrecht erfahren habe. Damit sei es für immer vorbei. Zum Schluß erklärte Wilson, das Mißtrauen zwischen den Völkern, die dem Bunde angehören, sei für immer beseitigt.

Brest, 16. Februar. George Washington, mit Wilson an Bord ist um 11.15 Uhr mittags in See gegangen.

Rotterdam, 16. Februar. In Chicago ist ein Komplotz der unabhängigen Arbeiter der Welt aufgedeckt worden, das die Ermordung Wilsons zum Ziel hatte.

Letzte Drahtberichte des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Rücktritt Brodorskos?

Weimar, 17. Februar. (tu.) Reichsminister Graf Brodorskos-Rangau hat nach der gestrigen Beratung des Kabinetts und der Parteiführer über die Note an die Entente zu erkennen gegeben, daß er mit der glatten Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durchaus nicht einverstanden sein könne. Diese Meinungsverschiedenheiten scheinen sich zu Rücktrittsansichten des Grafen verdichtet zu haben. Bis zur Stunde liegt beim Ministerpräsidenten Scheidemann ein formelles Abschiedsgesuch des Grafen Brodorskos-Rangau jedoch nicht vor.

Die Gewalt in den Händen der Spartakusleute. Gelsenkirchen, 17. Februar. (tu.) Die Spartakusleute haben hier jetzt völlig die Gewalt an sich gerissen, den Bahnhof und andere öffentliche Gebäude besetzt und Sicherheitsmannschaften entwaffnet. Gleichzeitig begannen nächtliche Plünderungen durch bewaffnete Spartakisten.

Ausfaltungen der Unabhängigen und Spartakisten.

Nürnberg, 17. Februar. (tu.) Die Unabhängigen und die Spartakisten hielten gestern eine Demonstration: versammlung unter freiem Himmel ab. Darnach bildete sich ein Zug, der den demokratischen „Fränkischen Karier“ besetzte. Die vorhandenen Zeitungen wurden aus dem Fenster geworfen und vor dem Hause verbrannt. Ein anderer Zug zog zum Generalkommando. Bei der Uebergabe fielen Schüsse. Man spricht von 3 Toten und 1 Verwundeten. Inzwischen waren auch das Hauptpostamt, das Telegraphenamt und der Bahnhof besetzt worden, wofür aus dem Generalkommando bewaffnete Posten abgingen.

Absetzung des bisherigen Soldatenrates.

Eisenach, 17. Febr. (tu.) In einer Versammlung der Eisenacher Garnisonstruppen wurde der bisherige Soldatenrat abgesetzt. Gegen einzelne Mitglieder des Rates soll strafrechtlich vorgegangen werden. Der neu gewählte Soldatenrat wird sich nur mit militärischen Fragen beschäftigen und gegebenenfalls auf Befehl der Regierung zurücktreten.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 17. Febr. (tu.) Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich verliefen bis auf einige unbedeutende Zwischenfälle ruhig. Von den 160 Mandaten, die bei den Wahlen in Deutsch-Oesterreich vergeben werden, sollen, nach einer Schätzung in sozialdemokratischen Regierungskreisen 60 bis 70 den Sozialdemokraten, 50 bis 60 den christlichen Sozialisten und der Rest von 30 oder etwas mehr Mandaten den Demokraten und Deutschnationalen zufallen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen
Wilsdruff, den 17. Februar 1919.

Eine Kundgebung der Sächsischen Presse.

Die sächsische Pressekonferenz hat folgende Kundgebung beschlossen: Die Ernährungsnot des Freistaates Sachsen zwingt die sächsische Presse als die Vertreterin der öffentlichen Meinung zu folgender rückhaltlosen Kundgebung: Das sächsische Volk hungert seit Jahren und ist jetzt am Ende seiner physischen und moralischen Kraft. Vergleichliche Zeugnisse bezeugen übereinstimmend: allgemeine Unterernährung, mangelnde körperliche Widerstandskraft und verminderte Arbeitsfähigkeit, starke Ausbreitung gefährlicher Volkskrankheiten, hohe Sterblichkeit. Zugleich vollzieht sich unaufhaltsam ein seelischer Niedbruch des Volkes. Schwächte Willenskraft und verminderte Arbeitslust bereiten im Verein mit der fortschreitenden Erschöpfung der Gesamtwirtschaft den Boden für anarcho-sozialistische Zustände. Die sächsische Presse appelliert an das Gewissen der Welt, erhebt im Namen der Menschlichkeit und zur Abwehr der immer drückender hervortretenden bolschewistischen Gefahr für die gesamte Zivilisation bei der Waffenstillstandskommission in Spa die dringende Forderung, sofort die verhängnisvolle Absperrung Deutschlands von der Nahrungsmittelzufuhr aufzuheben.
Die Waffen ruhen! Völker der Erde, gebt Brot!

und betonte, die Entente habe erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einlassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstelle, hoffe aber die politischen Verhältnisse Russlands ohne fremde Fimmlung regeln. Was Deutschland anlangt hat Graf Brodorskos-Rangau kein Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben.
Der Abgeordnete Meil von der Mehrheitssozialdemokratie lehnte sich mit den Unabhängigen und mit den Ausführungen des Zentrumredners Groeber auseinander. Namens seiner Partei lehnte er die Annahmehethode ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Straßenkämpfen geführt haben.

Graf v. Pofadowsky-Wehner

trat in vorgerückter Stunde die Rednertribüne und festelte sofort die Aufmerksamkeit des Hauses. Man spricht hier immer von dem erlebigen doppelhaken oder Obriegelhaak, man spricht auch von dem Zusammenbruch einer Gewerkschaft! In Wirklichkeit bestand in Deutschland das freie Wahlrecht der Welt. (Zurur; Breuken!) Das man in Breuken das Dreiklassenwahlrecht nicht als unheilbar schon früher beseitigte, habe ich wiederholt öffentlich als einen bedauerlichen politischen Fehler erklärt. Der Redner betrachtet im einzelnen die Verhältnisse im früheren Staat und fährt fort: Jedenfalls, wenn wir die inneren Verhältnisse unseres Landes mit denen anderer Staaten vergleichen, so hat

das alte Breuken und Deutschland immer noch glänzend abgeschrieben. (Beifall rechts), während wir jetzt unter der Kontrolle der Räte schon zu einer vollkommenen Desorganisation der Verwaltung gekommen sind. Wenn wir den Krieg verloren haben, so sind wir nicht militärisch besiegt worden, sondern technisch, finanziell und wirtschaftlich, nicht zum wenigsten durch die Erschlaffung unseres Volkes. Der Graf wendet sich gegen die Legende der Schuld Deutschlands am Kriege, beklagt die gegenwärtige Zunahme der Verbrechen, die Zustände in der Ostmark, die unbilligen Lohnsteigerungen, und verliest schließlich im Namen der Deutschnationalen Volkspartei eine

Erklärung zur Frage der Monarchie.

Darin heißt es: Wir haben nichts zurückzunehmen von dem, was wir bisher vertreten haben. Wir sind treue und überzeugte Diener unseres Herrscherhauses gewesen, mit denen das deutsche Volk durch Jahrhunderte unauflöslich verbunden erschien. Wir haben in dem deutschen Kaiserthum, die wirkungsvollste Stütze und das beste Band für die Einheit unseres Vaterlandes gesehen. Wir werden an der Wiederherstellung des Vaterlandes sachlich und gewissenhaft mitarbeiten. Dadurch wird indes nicht unsere grundsätzliche Überzeugung berührt, daß die Monarchie, insbesondere für Deutschland, die beste Staatsform ist, um den ruhigen und geordneten Gang der Staatsgeschäfte zu sichern.

Graf Pofadowsky verlangt endlich Auskunft darüber, welches Heeresgut bei Kriegsende vorhanden gewesen, und wo es geblieben ist, ebenso über die Einkünfte der verschiedenen Räte. Er tritt ein für eine kräftige Sieblungsmaßnahme, für eine Förderung des Mittelstandes und der Beamtenchaft, der vreußische Staat muß in seinem Bestand unbedingt erhalten werden. Der sogenannte Waffenstillstand ist in Wirklichkeit das Vorfeld eines Gewaltsfriedens. Die Erklärungen des Staatssekretärs Erberger betrübten uns nicht. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß der holländische Staat die ehrsprechende Forderung einer Auslieferung des Kaisers ablehnen wird und daß es unserem Volk gelingen möge, sich aus dieser jetzigen schweren Zeit wieder aufzurichten.

Die oft von Beifall, mitunter auch von Protestrufen unterbrochene Rede des Grafen wurde ergänzt in ihren Ausführungen zum Waffenstillstand durch eine von der Deutschen Volkspartei eingegangene Interpellation, welche die unverzügliche Vorlegung einer Denkschrift über die von unseren Unterhändlern getroffenen Abmachungen forderte.

Das Statut des Völkerbundes.

Deutschfeindliche Tendenzen.

Genf, 15. Februar.

Der endgültige Entwurf des Völkerbundes ist nun in Paris zustand gekommen und enthält folgende grundlegende Bestimmungen:

1. Die technische und politische Leitung des Völkerbundes wird einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuss übertragen. Die fünf alliierten Großmächte entsenden je einen Vertreter in diesen Vollzugsausschuss, während die beiden übrigen Mitglieder von den kleinen Nationen gestellt werden.
 2. Die laufenden Geschäfte des Völkerbundes erledigt das neu zu bildende Sekretariat, dessen leitende Posten mit vom Vollzugsrat vorgeschlagenen geeigneten Persönlichkeiten besetzt werden.
 3. Die von den einzelnen Nationen in den Vollzugsausschuss, das Sekretariat und das Parlament entsandenen Vertrauensleute genießen alle Rechte und Vergünstigungen der Diplomaten.
 4. Als Mitglieder können bis auf weiteres nur die Staaten in den Völkerbund eintreten, die aktiv oder passiv am Kampf gegen Deutschland teilgenommen haben. Die Aufnahme der übrigen Mächte ist jedoch möglich, wenn ihr Eintritt von der Vollversammlung des Völkerbundes mit zwei Drittel Stimmen Mehrheit genehmigt wird. Als Voraussetzung gilt, daß die Antragsteller sich allen Bestimmungen des Völkerbundes unterwerfen.
- Wie es endlich noch heißt, dürfen zwischen zwei oder mehreren Staaten, die nicht durch gegenseitige Verständigung beseitigt werden können, nicht durch Waffengewalt ausgetragen, sondern müssen dem Vollzugsrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Selbsthilfe der Eisenbahner.

Drohender Streik in Essen, Münster, Oberfeld.

Essen, 15. Februar.

Die Leitung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner hat der Reichsregierung gemäß dem Beschluß einer hier abgehaltenen Vertreterversammlung im Namen der Direktionsbezirke Essen, Münster und Oberfeld telegraphisch die Forderung überreicht, daß bis zur Wiederkehr geregelter Verhältnisse den bewohnten Säulen der Bahnhöfe und den gesamten Wachtposten auf den Rangier- und Güterbahnhöfen sowie auf den sonstigen Bahnanlagen die Eisenbahner selbst übernehmen, die zu diesem Zwecke mit Waffen zu versehen sind. Die Wachen der Soldatenräte sind aus den Bahnhöfen wie aus allen übrigen Betriebspunkten der Eisenbahnverwaltung zu entfernen. Das Betreten der Bahnhöfe zum Zwecke der Durchsicherung von Bügen nach Freiwilligen für den Dienst ist den Soldatenräten mit Nachdruck und Erfolg zu untersagen, auch haben gesetzwidrige Hausdurchsuchungen, wie sie bei den Eisenbahnbeamten und -arbeitern in Fragen von den Organen des Rätebundes geplant sind, zu unterbleiben. Die schwer- und schwerstarbeiterulagen sind den Eisenbahnbeamten und -arbeitern nach wie vor weiterzugewähren. Fällt die Antwort der Regierung unbefriedigend aus, so soll eine weitere Vertreterkonferenz über den von zahlreichen Ortsvereinen der Beamten und Arbeiter eingebrachten Antrag, in den vorerwähnten drei Direktionsbezirken zu einem 24stündigen Proteststreik aufzurufen, schlüssig werden.

WAS WIRD VON 68 MILLIARDEN. Wir verbrauchen im Jahre 1914 1,6 Milliarden, 1915 2,3 Milliarden, 1916 2,6 Milliarden, 1917 2,8 Milliarden, 1918 4,8 Milliarden. Nehmen wir

den Tagesdurchschnitt der Kriegskosten

so ergibt sich 1914 täglich 49,8 Millionen, 1915 täglich 63,9 Millionen, 1916 täglich 73,9 Millionen, 1917 täglich 108,9 Millionen, 1918 täglich 135,0 Millionen. Schon bald nach Beginn des Krieges trat die übliche Erscheinung hervor, daß die Beschaffung des Kriegsmaterials in die Hände der allerangelegtesten Elemente kam. (Sehr richtig) Als neues Element kam damals

das Hindenburgprogramm.

das ich militärisch nicht kritisieren will. Wirtschaftlich betrachtet war es aber ein Programm der Verzweiflung und hat ungeheuren Schaden angerichtet. Die Hoffnung auf ein Sinken der Ausgaben nach Kriegsende hat sich nicht verwirklicht. Im Osten hat ja der Krieg noch immer nicht aufgehört und auch die Fabriken für Seeresmaterial stellen nicht sofort die Arbeit ein. Wir haben nicht mehr Waffen und Munition hergestellt (Wiederholung bei den U. Soz.), es war Halbzeug, das sofort wieder verschlungen wurde (Hört, hört!). Die unproduktive Arbeit war aber notwendig, weil wir nicht die Arbeiter ohne weiteres auf die Straße legen konnten. Während dicht vor den Türen hunderttausende von Arbeitern gebraucht wurden, kam es zu vielen durchaus unbedingten Streiks.

Ein wachsender Wettlauf um die höchsten Löhne begann.

Dies wirkte natürlich zurück auf die Kosten der Demobilisierung. Die Demobilisierung eines Heeres von acht Millionen ist natürlich keine Kleinigkeit. Sie ist jetzt zum größten Teil durchgeführt. Ende 1918 standen nur noch drei Millionen unter Waffen. Ende vorigen Monats nur noch eine Million. Der Reichsanteil an der Erwerbslosenunterstützung stieg von 17 Millionen im Dezember 1918 auf 87 Millionen im Februar 1919 (Hört, hört!).

In den Ausgaben trugen auch die Räte bei.

Viele Räte haben auch ihre finanzielle Pflicht gegenüber dem Reich in vollem Umfang erfüllt. (Hört, hört!) bei den Soz.) Aber sehr viele Räte haben ihre finanziellen Pflichten nicht erfüllt. Graf Pofadowsky möchte wissen, wie die Räte im einzelnen wirtschaftlich haben, das möchte ich auch wissen. (Heiterkeit.) Klarheit muß geschaffen werden, kein oder heute noch nicht geschaffen werden. (Abg. Graf Pofadowsky: Es ist das Geld der Steuerzahler. Wir fordern eine Statistik!) Die Vorarbeiten dazu sind längst im Gange, aber diese Statistik ist keine Kleinigkeit. Wir haben den Räten verboten, über Reichsmittel zu verfügen und sich aus kleinen Anweisungen Beträge auszahlen zu lassen und haben ihnen

für verschuldete Fehlbeträge persönliche Haftung angedroht. Zweifellos ist in vielen Fällen Geld verschwendet worden. So beziehen die aktiven Mitglieder des Zentralrates der Marine täglich volle Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft und 25 Mark, die inaktiven ebenfalls Verpflegung, Unterkunft 25 Mark, und außerdem noch 12 Mark. (Hört, hört!) Das gibt doch zu denken.

Die Deckungsfrage.

Wir haben die Ausgaben im Kriege durch Anleihen gedeckt und uns lustig gemacht über die Engländer, die die Kriegskosten durch Steuern zu decken suchten. Wir haben uns durch den Krieg an eine gewisse Großzügigkeit gewöhnt, die in den Worten eines Berliner Kaufmanns ihren drastischen Ausdruck findet, der mit einmal sagte: „Wer die Million nicht sieht, ist die Milliarde nicht wert.“ (Große Heiterkeit.) Die grundsätzliche Anschauung, daß es bei der ungeheuren Höhe der Kriegsausgaben auf die Million mehr oder weniger nicht ankomme, muß schwinden. Für die Gesamtheit der fortwährenden Ausgaben ist nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von 19 Milliarden gegenüber früher 5 Milliarden erforderlich.

Aus der Verwertung der Heeresbestände

werden wir freilich nicht 8 sondern höchstens 3 Milliarden herausbekommen, denn dieses Heeresgut ist zum Teil gestohlen, geraubt, geplündert worden. Es ist schambar damit verfahren worden, und auch eine Reihe von Räten sind an dieser Veräußerung mit Schuld und haben unheilbaren Schaden angerichtet. Für diese

Steuererhebung

werde ich mich von folgenden drei Gesichtspunkten leiten lassen: Ich denke vor allen Dingen, die Steuererhebung muß nicht im Winternehmen aller Glieder des Reiches vorzunehmen, also unter möglichstem Zusammenwirken zwischen Reich und Einzelstaaten. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß die Steuererhebung sich im engen Einkommen mit dem Reichsbeitrag abspielen muß. Das Dritte ist: diese Steuererhebung soll eine lokale sein, weil sie gerecht sein soll. Vor allen Dingen sollen diejenigen, die wegen Krankheit, wegen Alters nicht mehr erwerbsfähig sind, unter allen Umständen geschützt werden. (Beifall.) Redner polemisiert dann gegen den Grafen Pofadowsky, der zu glauben scheint, daß alles unerschöpfliche Kapital meggeliefert, das heißt konfisziert werden solle. (Beifall rechts: Das haben Sie gesagt.) Von arbeitslosem Kapital ist noch nie in einer amtlichen Erklärung die Rede gewesen, sondern es ist nur gesagt worden, daß wir

den müßeligen Geldgewinn treffen

müssen. Ich bin gewiss auch von der Notwendigkeit des Kapitals in gewissen Grenzen durchdrungen. Jedenfalls steht eine Ausfaltung des Kapitals im Widerspruch mit einer Förderung, die 1908 im Reichstag gefaßt ist: „Befehl ist keine Forderung. Befehl ist meist auch kein Verdienst. Befehl ist nur eine für angenehme Last.“ Diesen Ausspruch hat damals Graf Pofadowsky getan. (Hört, hört!)
Nach Schiffer sprach Oaste (U. Soz.) und sagt, man habe von dem heutigen Finanzminister andere Töne gehört wie von seinen Vorgängern, deren Programm eine verdreherische Konfiskationspolitik gewesen sei. (Beifall bei den U. Soz.) Die großen Summen für die Erwerbslosen hätte auch ausgeben werden müssen, wenn keine Revolution gekommen wäre. Die Räte hätten zu Erparnissen in der Verwaltung beigetragen. Dann bezieht Oaste den Fall Liebknecht und Rosa Luxemburg und meint, die Regierung werde die Antwort nach Bekommen. Die Erlasse Köstkes seien genau so wie die Erlasse U. In Elsaß-Lothringen fordert er eine Volksabstimmung

Der erste Oppositionsredner.

Graf v. Pofadowsky-Wehner.

M. Weimar, 15. Februar.

Der Leiter unserer auswärtigen Politik urteilt getrennt das Bild seiner Ansichten und Wäns die nächste Zukunft. Dann erhob sich der greise Graf Pofadowsky im Namen der Deutschnationalen Volkspartei, um die Besenken und abweichenden Meinungen derer vorzutragen, die in der Behandlung der Dinge seit den Novembertagen 1918 nicht das unbedrängte Heilmittel für die fränke Zeit erblickten und mit Bedenken den Lauf der Entwicklung verfolgten.

Die Regelung der sozialen Angelegenheiten unterzog vorher Graf Brodorskos-Rangau nach einer eingehenden Betrachtung und kam zu dem Schluß, die Frage der sozialen Betreuung der Arbeiterchaft könne nur international gelöst werden. Der Gedanke sozialer Betreuung sei allerdings mehr zu Hause als in Deutschland. Das lege die Pflicht auf, den Völkern nicht zu schließen ohne den Versuch, ein soziales Programm international zu sichern. Dazu müsse der Völkerbund dienen, über den der Minister des Reichs sich eingehend verbreitet. In einem Völker-

Deutschland lediglich als Objekt

betrachten würde, könnten wir nicht eintreten. Dann kam der Redner auf die russische Sowjet-Republik zu sprechen

